

Genossen Maslows Anflagerede

Proletariats. Sol es bei diesem ersten Schritt bleiben? Nein, diesen ersten Schritt muß ein zweiter folgen. Die ökonomische und politische Entwicklung zwingt auch die vom Reformismus begleiteten Arbeiter zum Nachdenken. Gewalttätig werden sie auf die Bahn gedrängt, auf der die Kommunisten ununterbrochen seit 1914 marschieren. Im ganzen Reiche, in jeder Grube und in jeder Fabrik muß aus dem Munde aller Arbeiter dem Satz des 12. Kongresses der KPD entgegengehalten werden: Nieder mit der Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaftspolitik, nieder mit den Saboteuren der Gewerkschaftseinheit! Es lebe der Klassenkampf und die geschlossene Front des gesamten Proletariats! Vorwärts! Unter den roten Fahnen der Revolution! Seppel.

Wirt auf dem Rückwege zur Zentrumsfraktion

(Eig. Draht.) Offenburg, 7. September.
Auf dem Parteitag des badischen Zentrums ist gestern der Nach dem Wirt mit seiner Fraktion einer sehr diplomatischen Lösung zugestimmt worden. Fehrendbach schloß, angeblich wegen Krankheit, Marx und Wirt sprachen sehr persönlich. Ein Abstimmungsantrag gegen Wirt lag nicht vor. Der Parteitag wird eine goldene Brücke schaffen und der die Hoffnung auslösen, daß die Voraussetzungen für die Rückkehr Wirts geschaffen wären. Wirt soll möglichst bald in die Fraktion zurückkehren. Marx verabschiedete die Fraktion und erklärte, die Republik stehe heute nach der Wahl Hindenburgs fester als je. Die ungenommene Resolution heißt:

„Der Zentrumsfraktion der Gegner unserer Partei legt der Parteitag, geleitet vom Geist der Väter, den Einigkeitwillen bei Voll und Führer im Parlament und draußen, in Stadt und Land selbstbewußt entgegen. Wir lassen uns den Zentrumssturm nicht zerstören.“

Der Anteil der Braun-Severing-Regierung an der Wiedereinführung der Einfuhrzölle

Der Reichsrat hat der Verordnung der Kaiser-Regierung über die Einfuhrzölle zugestimmt und sie ebenfalls noch verabschiedet durch:

1. Streichung der Ubergangsbestimmungen, wonach für Beschäftigung von solchen Getreide, welches polizei aus dem Ausland eingeführt ist, keine Einfuhrzölle gegeben werden sollen;
2. durch Ausdehnung der Gültigkeitsdauer der Einfuhrzölle von 6 auf 9 Monate;
3. durch Ausdehnung der Bewilligung auch auf Halbenstriche.

Gegen die Einfuhrzölle stimmten: Sachsen mit 7 Stimmen, Baden mit 3, Hessen mit 2, Hamburg mit 2, Oldenburg mit 1, Braunschweig mit 1, Schaumburg mit 1 — zusammen 17 Stimmen. Dagegen: Preußen mit 1, die übrigen 13 Provinzen mit je 1 Stimme. Gesamtstimmen: Preußen verfügt allein über 26 Stimmen. Auf 13 davon hat der Ministerpräsident als Chef des Kabinetts Einfluß, über die übrigen 13 verfügt der Reichsrat der Provinzen und der Stadt Berlin (abw.). Einer der Provinzvertreter ist Herr Hörner, Oberpräsident. Sozialdemokrat, Fehrendbach a. D. und aktiver Reichsbauernrat.

Hätte der Reichsrat Pränz keine 13 und Berlin und der Berliner Reichsrat keine 1 Stimme gegen die Einfuhrzölle mit den 17 zusammen in die Reichsräte gerufen, so hätten 32 Stimmen gegen die Einfuhrzölle gestanden. Doch der Reichsrat hat nur 26, von denen 3 durch Entgeltung ausfallen, wäre also die mehrheitliche Entscheidung mit 32 gegen 31 Stimmen gefallen, wenn die sozialdemokratischen Vertreter ihre Macht gebraucht hätten. Also auch ohne das Gros der preussischen Provinzparlamentarier!

Aber noch mehr! Der badische Antrag, der wenigstens die oben aufgeführten 3 Beschäftigungen abgelehnt wissen wollte, fand keine einzige Provinzstimme zur Unterstützung, weder die Pränz noch die Severings noch die Fehrendbachs!

Man ist aber der Ministerpräsident verantwortlich. Er kann die dem Ministerium geforderten Reichsratsstimmen beschaffen. Wenn er wirklich die Arbeiterinteressen vertreten würde — hätte er es tun müssen, sogar auf Kosten der Pränz! Die sozialdemokratische Partei weiß sehr gut, warum es geht! Wir werden sie — an anderer Stelle — selbst sprechen lassen über die Einfuhrzölle — und dann die Arbeiter fragen, was sie von solchen Reichsratsparlamentariern eigentlich halten, die mit dem arbeitslosen Proletariat durch die Pränz und die Severings gehen! Es gibt doch ein Brot der Arbeiter!

Sozialdemokratische Gehrhardt nach der „Großen Koalition“

Braun und Severing haben großartig „Ankündigung des Reichstages“ angekündigt, da wie der „Vorwärts“ (siehe) der angeblich im Zustand im Reichstages Landtag unpassbar ist.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: „Der Reichstag ist diese Woche nicht denkbar, weil die Sozialdemokraten die Reichstagsarbeiten nicht abgeben werden, nicht einer solchen Entscheidung mit Brauns entgegen.“

Und es ist natürlich so, daß die Arbeiterinteressen, Zoll- und Steueränderungen, Ministerpräsident von der Schwarz-Weiß-Regierung keine alle Maßnahmen haben.

Die SPD, die sich vor den Massen „links“ angeordnet hat, glaubt mit der Propaganda „Ankündigung“ einen Kampf zu bestreiten.

Nur so ist das Bestehen der sozialdemokratischen Tagesblätter zu verstehen. Die „Tägliche Rundschau“ zum Beispiel:

Es war zu erwarten, daß die Regierung die erste Gelegenheit nutzen würde, wo die Stimmung im Lande ihr die Aussicht gibt, durch Reichstagsarbeiten einen ihr günstigen Stimmung zu schaffen. Sie deutende Reichstagsarbeiten, die Sozialdemokraten, die durch gewalttätige Agitation geschworene Unzufriedenheit mit der Sozial- und Steuerpolitik — das sind alles Momente, die der preussischen Regierung helfen können, daß sie jetzt ihr Bestes tut. Es bedarf der ersten, angelegentlichsten Arbeit nach der Ausdehnung aller verfassungsmäßig zulässigen Mittel, um diese Pläne, die so recht zur Vermeidung aller Sorgen und noch Leistungen einer Welt führen wollen, zu beschleunigen.“

Was ist nun aber die SPD? Und die Ankündigungen der Braun-Severing-Regierung, was ist zu nehmen?

Wollen sie die günstige Gelegenheit ausnutzen und verabschieden die Reichstagsarbeiten, was ist zu nehmen? Der „Vorwärts“ gibt auch darauf eine Antwort, nicht direkt, sondern in etwas durch die Pränz, was er wenigstens, aber das verständlich. Er schreibt:

Wir begreifen, daß Reichstagsarbeiten den Sozialdemokraten Sorge machen, aber gibt es nicht sehr einfache Mittel für die Reichstagsarbeiten, diese Sorgen los zu machen?

Dieses „sehr einfache Mittel für die Reichstagsarbeiten“ ist die

In der Nachmittags-Sitzung am Mittwoch wird mit der Beteiligung von Schriftstücken fortgefahren. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld weist darauf hin, daß eines der verlesenen Rundschreiben unmissverständlich von der Berliner Bezirksleitung sein kann, da es sich lehrweisend mit Berlin-Brandenburg befaßt. Als dann zur Verlesung einiger Bürgerkriegsbrochüren geschritten werden soll, stellt Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld fest, daß diese Brochüren weder von einem der Angeklagten verfaßt noch bei einem gefunden worden seien. Als einzige Brochure jenes von Herrn Bogal lehrweisend in der „Schleife-Ma-er-als“ gegeben werden sollen, bezeichnet Dr. Wolf, wie auch schon lehrweisend in dem großen Spiegelschreiben, die Schrift vor allem die der Unterchrift des Genossen Abgeordnete Oberleit. Der Reichsanwalt legt daraufhin eine neuverfaßte Unterchrift des Genossen Oberleit vor und stellt dem Gericht anheim, beide Namenszüge zu verurteilen.

Vor Beginn der Verhandlung marschierten die Zeugen auf, darunter er Landgerichtsdirektor Bogal, der tüchtigste, befähigste und zuverlässigste Untersuchungsrichter, Kriminalinspektor Bonah und ein Staatspräsident Otto. Bogal und Neumann sollen erst bei Bedarf vorgeführt werden. Es beginnt die Verlesung von Flugblättern und Schriftstücken, mit denen die Angeklagten nichts zu tun haben. Die Angeklagten verweigern an der Herausgabe dieser Flugblätter beteiligt gewesen zu sein. Die Beschuldigung gegen Frischberg, er sei Leiter der Spiegelschreiben, kommt, wie nach vielen Windungen des Vorsitzenden vom Reichsanwalt ausgehen wird, aus einem vertraulichen Bericht des Berliner Postpräsidenten. Großes Interesse erweckt ein mit Einwohnern und Bukarin unterzeichnete Brief an die Genossen Schumann und Schloß, der bei einem zum Parteitag nach Frankfurt fahrenden Kurier beschlagnahmt worden sein soll. Der Brief ist nie in die Hände des Genossen Schloß gekommen, was damit auch inhaltlich gegen ihn bewiesen werden soll, bleibt allen unverständlich. Es erfolgt dann die Verlesung der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages, an dem Schloß und Maslow teilgenommen haben. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, als Schloß sich zu diesen Beschlüssen bekennt, daß wegen Abdrucks dieser Beschlüsse ein kommunistischer Redakteur zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, daß sie also hochverräterischen Charakter hätten.

Hierzu äußert sich Genosse Maslow. Er weist darauf hin, daß das kommunistische Manifest schlecht ist. Die Kommunisten erklären offen, daß ihre Ziele nur erreicht werden können, durch den gewalttätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Wenn eine solche Revolution, die damals galt und heute und immer gilt, so lange, bis Deutschland eine Räterepublik ist, Hochverrat ist, können wir die Verhandlung abbrechen und sie können uns wegen unserer Bestimmung verurteilen. Maslow nimmt zur Rolle der Gewalt Stellung. Gewalt ist Reichswehr, Polizei, Staatsgerichtshof, der gesamte Staatsapparat, der ein Untersuchungsinstanz der herrschenden Klasse ist. Die Kommunisten sagen offen, daß nach allen geschichtlichen Erfahrungen diese Staatsgewalt mit Gewalt zerstört werden muß. Das heißt aber in zahlreichen Schritten von Marx, von denen keine verboten ist. Die Kommunisten werden das solange sagen, bis es das Proletariat begriffen hat. Hierfür teilt der Reichsanwalt mit, daß von der Direktion der Kreuzschule in Dresden ein Telegramm eingegangen sei, wonach ein Traut Schwaneritzky in Essfahlgard 1891 geboren, also in Preußen geboren, seit 1901

Rückkehr der Schwarz-Weiß-Regierung in das Reich und die Arbeiter-Revolution. Von roten Ketten macht auch hier, allein die Sozialdemokraten!

Hinter den Kulissen schreien die SPD mit den Schwarz-Weiß-Regierung im Hintergrund in Preußen. Die SPD-Anfrage des „Vorwärts“ an die Parteipresse, dieser Punkt mit dem Kampfabstand charakterisiert die Sehnsucht der SPD nach der „großen“ Koalition.

Der Reichsrat gegen die Arbeitsinvaliden

Bei der Beratung des Aufwertungsgesetzes bewilligte der Reichsrat den Kleinrentnern die Vergünstigung, daß ihnen bei Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge ein Zinsenbeitrag von monatlich 250 Mk. nicht als Einzahlung angerechnet werden solle. Ein späterer Antrag den Arbeitsinvaliden denselben Betrag ihrer Invalidenrente bei Inanspruchnahme der Fürsorge anzurechnen, wurde abgelehnt, und die entsprechende Annahme des Reichstages. Man konnte nicht auf den Sozialrentnern verzichten, was man jedoch den Kleinrentnern bewilligt hatte.

Gegen diesen Beschluß des Reichstages, soweit er die Arbeitsinvaliden betraf, legte der Reichsrat Einspruch ein. In der letzten Sitzung des Reichstages am 12. August weist der Reichsrat den Einspruch des Reichstages mit der erforderlichen Majorität zurück. Danach war die Reichsregierung nach den Bestimmungen der Verfassung verpflichtet, das nunmehr endgültig angenommene Gesetz zur Abänderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Kraft zu setzen.

Das ist bisher nicht geschehen. Bergedäch warten die Arbeitsinvaliden auf die den Kleinrentnern bereits gewährte Vergünstigung. Warum? Der Reichsrat hat sich erneut mit der Angelegenheit beschäftigt und die Reichsregierung ersucht, die Inanspruchnahme dieses Abänderungsgesetzes bis zum Wiedereintritt des Reichstages zu vertagen. Wie wird diese Forderung des Verfassungsbruches begründet? Der Reichsrat erklärt, der Beschluß des Reichstages sei in der letzten Sitzung „überstürzt“ zustande gekommen. Es habe die Zeit zur gründlichen Begründung der Gegenstände der Landesregierungen gefehlt.

Diese Begründung ist einfach töpisch. Eine Staatsaktion also gegen diese doch wahrhaft erbärmliche geringe Vergünstigung der Invaliden von 250 Mk. monatlicher Invalidenrente, die

Vom Tage

Dem Kreis der ehemaligen Soldaten haben sich auch die Mannschaften der Kavallerie angeschlossen. Der Dienst nach Havre und des Kavallerie ist völlig stillgelegt.

Im Bergarbeitersitz (Aster) ereignete sich eine Explosion, durch die 150 Menschen getötet wurden.

Am Donnerstag, den 3. September, ist das zu einem großen Arbeiteraufmarsch auf 3 Tage. Der erste Aufmarsch ist „Chemnitzer“ während eines Besuchs von 6 Meilen von Chemnitz im Staate Ohio stattfand.

Am Donnerstag begann in Leipzig die offizielle Festlichkeiten anlässlich des Nationalfestes. Als Vertreter der Regierung traten Reichsminister, Landesregierungen und Sozialdemokraten. Die Festlichkeiten endeten am Freitag mit einer großen Demonstration.

In Dresden die Kreuzschule besuchte und dort die Festfeier ablegte. Von der Umkleekasse Berlin ist ein gleiches Telegramm eingegangen, daß ein Student gleichen Namens seit 1912 bis 1921 immatrikuliert war. Diese beiden Zusätze geben also eine volle Bestätigung der in der gestrigen Sitzung von Maslow gemachten Angaben. Sie geben auch die volle Bestätigung dafür, daß die Legende, Maslow sei russischer Kommunist, keine Erfindung des Gerichtshofes bleibt. Es wird hierauf ein Brief von Max Leven an Maslow vorgelesen. Inhaltlich handelt es sich um eine Polemik gegen die Ultralinken. Immer wieder werden auch im dritten Tag Schriftstücke verlesen, sehr solche, die mit Marx unterschrieben sind. Dieser Max soll Maslow sein. Genosse Maslow verurteilt die Bestrebungen der Anflager, daß der Reichsanwalt einen feuerroten Kopf über seinen Mangel an Ehrlichkeit bekommt. Zu einem Zusammenstoß zwischen Maslow und dem Reichsanwalt kommt es, als Maslow eine Stelle der Anflagerchrift zitiert, die behauptet, schlecht habe Maslow als den Unterzeichner Max identifiziert. Schloß erklärt hierzu, daß er so eine Aussage nie gemacht habe, daß Maslow nur zu weisen Max genannt worden sei. Ein zum Beweis für die Gemeingefährlichkeit des Genossen Maslow angeführter Artikel, Sinowjew über die deutsche Linie, hat den gegenteiligen Erfolg. Auch in diesem Briefe wird Maslows Bestimmung getadelt, der an eine sehr langsame Entwicklung der Dinge in Deutschland glaubt. Auch ein Brief der Genossin Zetkin äußert die gleiche Meinung. Jedenfalls scheint die Behauptung, daß Maslow zu jeder Tages- und Nachtrunde den Sturz der Verfassung vorbereitet habe, durch diese Dokumente schlagend widerlegt.

Am vierten Verhandlungstag ist man schon der Ueberszeugung, daß die ganze Anflage zusammengebrochen ist. Das können selbst beliebige Blätter nicht länger verschweigen. Der Maslow einwandfrei gelungene Nachweis, daß er nicht als russischer Emigrant nach Deutschland geschickt wurde, sondern seine ganze Erziehung und Bildung ausschließlich in Deutschland erwarb, hat den mühseligen Schleier, der über der Persönlichkeit Maslows schwebte, zerstoßen. Die gewalttätigen, geistig verfallenen Konstruktionen der Reichsanwaltschaft sind für die Masse zu einer völligen Blamage geworden. Der Inhalt der bisher verlesenen Rundschreiben usw. befragt nichts, was der Vorbereitung eines Kontextes höherer Anflager unternehmen nahe käme. Die Verlesung der Rede des Generalsekretärs Brandlers, Schalmanns, Kemmels, der Genossin Fischer, der Zusammenfassung von Sinowjew wüßten nahezu die ganze Bevölkerung. So daß Genosse Maslow erst nach der Pause hierzu Stellung nehmen kann. Er kennzeichnet die Haltung des Generalsekretärs als pessimistisch, das Referat Brandlers als unerschütterlich, daß von Kemmels als viel zu optimistisch, daß von Ruth Fischer als das seinen Anschauungen am nächsten kommende. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft erklärt, daß auf die Zeugenvernehmung des Spiegelschreibers, der Maslow in einer Vernehmung im Jahre 1924 gefordert haben will, verzichtet wird. Der Vorsitzende versucht der blamablen Rückkehr der Reichsanwaltschaft mit ein paar Reden zu erweisen, daß die Vernehmung Schloßes nur deswegen nicht erfolgt, da die Unzulänglichkeit dieser zahlreichen Male als falschen Zeugen verwendet, heute nicht einmal mehr von der Anflagerbehörde zugegeben werden könne.

Die Verhandlung geht weiter.

Die wenigsten Invaliden nur beziehen. Die Zeit war nicht zu knapp, um am letzten Tag die 3. Beratung der Sozialgesetz durchzuführen und das umfangreiche Gesetz anzunehmen. Ein Gesetz mit 945 Positionen, das eine ungeheuerliche Belastung der breiten Masse der Bevölkerung einschließt, die Rentenempfänger bringt. Gegen die Durchbrechung dieser Gesetzgebung ist kein Einspruch des Reichstages erfolgt. Zoll- und Steuergesetz sind längst im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Hier hat die Reichsregierung mit Hochdruck gearbeitet. Die Arbeitsinvaliden aber, die die neuen Lasten tragen müssen, Lasten, die den Geldwert ihrer erbärmlichen Hungerrenten tief herabdrücken, müssen warten bis zum Wiedereintritt des Reichstages, um in dem Besitz der genannten geringen Vergünstigungen zu kommen oder auch nicht zu kommen. Es ist mehr als fraglich, ob im Herbst in diesem reaktionären Reichstag noch eine Mehrheit für die Zurückweisung des Einspruches des Reichstages aufzubringen sein wird.

Wahrhaftig, die Kölner Konferenz, einberufen von der SPD, gegen den Abbau der Sozialpolitik, hat leider nur zu Recht behalten, wenn sie die Rentenempfänger auf einen weiteren Abbau, eine weitere Verlesung im Dawesdeutschland hinwies. Wann endlich raffen sich die Invaliden auf, um den Appell der Kölner Konferenz zur Bildung einer einheitlichen Abwehrfront zu befolgen?

Sozialdemokratischer Regierungspräsident verbietet internationalen Jugendtag wegen — Gedankfeiern

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Grüner von Halle-Merseburg hat den von der kommunistischen Jugend einberufenen Internationalen Jugendtag, der am Sonntag, den 6. September, in Merseburg stattfinden sollte, verboten.

In der Begründung heißt es, daß an diesem Tage in Merseburg Gedankfeiern stattfinden.

Grüner hat schon manches geleistet. Im Herbst 1923 ließ er den kämpfenden und ausgepöbelten Rhein-Arbeiter in den Rücken, indem er den Städten empfahl, allen Ausgepöbelten die Unterstützungen zu sperren, wenn sie sich weigerten, Jehnsuntenarbeit anzunehmen. Sein eigenes Parteiblatt nannte ihn einen Reaktionär und schrieb, daß er „zehn Kilometer rechts von den Deutschen Nationalen“ stehe. Allen Ausschüssen trug er mit Trost blieb er Mitglied der SPD.

Im Herbst 1924, als die SPD eine Kampagne gegen den Verladungs-Tarres führte, um die eigenen Verladungsstellen für Grüner wieder in den Rücken. Im größten Blatt der Schwerindustrie, der reaktionären „Kölnischen Zeitung“ ließ er einen unterzeichneten Artikel los: „Hände weg von Dr. Tarres“, in welchem er den schwarzweißen Reichsinnenminister den Mitschöpfer der Sechsdiktatur und des Cashenimarsches verteidigte. — Er blieb Mitglied der SPD.

Jetzt, wo er rühmlich die schwarzweissen Gedankfeiern über die proletarische Jugend erhebt — wird er wohl reif für den Parteivorstand werden.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen noch immer nicht ein, daß es sich bei ihrer Führung nicht darum handelt, daß sie einen „Fall Grüner“ bedeuten, oder einen „Fall Roske“ oder Scheidemann oder Gustav Bauer oder Richter oder 23 Rechtsradikale — sondern um ein System, welches alle diese Fälle zwangsläufig gebiert und das, weil es sich gegen die Arbeiterinteressen richtet, wie jeder sieht, nur von den Arbeitern selbst gebrochen werden kann.

Der weiß-rote Rabe

Vor einigen Tagen veröffentlichte die „Bergwacht“ unter der Überschrift: „Der weiß-rote Rabe“ nachstehende Notiz:

Von Herrn Pfarrvikar Preiler in Nieder-Hermsdorf erhalten mit nachfolgender Aufschrift:

Ganz aufrichtig möchte ich Ihnen danken, daß Sie meine Zellen aufgenommen und nur einige sachliche Bemerkungen daran gemacht haben. Ich kann auch vollkommen verstehen, was Sie gegen die soziale Tätigkeit der Kirche einzuwenden müßten. Ich empfinde es selbst beschämend genug, daß mich letzten Endes der von Hof Bedrückten nur „Verteilungsgeld“ geben kann, aber kaum wirklich oder nur selten entscheidend höchstens ein Einzeiges ändern kann, nicht aber die fürchterliche Notlage eines ganzen Standes. Hier müßte von Grund auf alles anders werden, nur bin ich der festen Überzeugung, nur von innen heraus kann und muß eine vollständige Umwälzung erfolgen. Der neue Mensch schafft allein die neue Wirtschaft! Den neuen Menschen aber verkündete Christus den Bergewaltigen seines Reiches!

Auch Ihre Meinung von der kapitalistischen Einstellung der Kirche kann ich verstehen. Die Kirche war Sklavin eines kapitalistischen Staates. Sie mußte gehorchen. Bedauerlich allerdings, daß sie gehorcht. Doch glaube ich, daß diese Zeit endgültig vergangen ist. Durch die Kirche weht Frühlingsgeist. Nicht die Pastoren sind ja die Kirche, wir alle, Sie alle sollen die Gemeinde sein!

Und hier und jetzt wissen wir's ja wieder: Man kann nicht Gott dienen und dem Kapital! Heil euch Armen, aber wehe euch Reichen! So sprach er, der ewige Messias, und sein Wort bleibt wahr!

Als Antwort auf diese Veröffentlichung erschien in dem „Eingeländt“ des „Neuen Tagesblattes“ nachstehende Notiz:

„Der rote Rabe.“ In ihrer Sonnabend-Nummer veröffentlicht die „Schlesische Bergwacht“ eine Aufschrift des Pfarrvikars Preiler aus Nieder-Hermsdorf unter der bescheidenden Überschrift: „Ein weißer Rabe.“ Die in den freierlichen Sätzen ausgesprochenen Ansichten sind rein kommunistisch und wenden sich gegen die kapitalistische Einstellung der Kirche. Sie tipfen in den Zeitfragen: „Man kann nicht Gott dienen und dem Kapital!“ Heil euch Armen, aber wehe euch Reichen! Es ist sehr zu bedauern, daß ein Diener der Kirche, in dem Bestreben, sich populär zu machen, solche Wege geht.

Der arme schwarze Pfarrvikar, der jetzt nicht weiß, ob er weiß oder rot ist! Die Zusammenstellung der drei Farben ergibt schwarz-weiß-rot. Nun wird er aber von dem schwarz-weiß-rot-igen „Tagesblatt“ als Kommunist angebeutelt. So kommt es, wenn einer es wagt, auch nur in Worten den Kapitalismus und seine Verleumdungen anzugreifen.

Der Satz des Pfarrvikars: Die Kirche war Sklavin eines kapitalistischen Staates, trifft ins Schwarze, nur muß diese Tatsache nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart festgestellt werden. Deshalb fordern die Kommunisten die Trennung von Staat und Kirche. Darüber hinaus ist der Glaube an einen wunderwürdigen, allmächtigen Gott unvereinbar mit der Erkenntnis der Wirklichkeit. Deshalb sind die Kommunisten nicht hoch Befürworter der Trennung von Staat und Kirche, sondern auch die schärfsten Gegner der Kirche und des christlichen Glaubens. Deshalb kann der Pfarrvikar Preiler als alles andere nur nicht als Kommunist bezeichnet werden. Ein Kommunist ist nicht derjenige, der irgendeinen Mißstand entdeckt, sondern der die Gesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkannt hat und für Erreichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf dem Weg der Diktatur des Proletariats mit allen Mitteln kämpft.

Weißeier Herr Loth der Beschlagungsrichter und Pragerheld. Diese Beschreibung dürfte für den Inhaber des „Bergwacht'schen Reiches“ Herr Oskar Loth — am geeignetsten sein. Bereits früher sind derartige Kunststücke von ihm veröffentlicht worden. Nunmehr sind schon wieder zwei derartige Fälle von diesem laubhaften Herrn zu verzeichnen. Am Sonntag wurde ein Lehrling von ihm geprügelt und sogar mit dem Stock geschlagen, weil er im Vorbeigehen beim Ergehen die Waise nicht gezogen haben sollte. Obwohl gegen das Vergehen behördlich beantragt worden. Am Donnerstag wurde ein anderer Lehrling von diesem Leuzschänder geprügelt, weil er eine Arbeit nicht gelohnt ausgeführt haben sollte. In seiner Unternehmerratur: ließ er den Lehrling

Schamloser Betrug der Zechenbarone

Die unbilligen Zustände bei den Grubenarbeitern des Kohlenbeckers haben eine gewaltige Empörung unter den angeordneten Beschäftigten und Oberschletern hervorgerufen. Wir lassen nachstehendes Dokument selbst sprechen, das die Bergarbeiter an die Werksleitung gerichtet haben:

An die wohl. Werksverwaltung des Deutschland-Konzerns, zu Händen des Herrn Generaldirektor Dr. P. H.

Da wir Oberschleter und in der Werksstelle, Arbeitsnachweis Beuthen, Oberschlesien, nur unter Berücksichtigung bestimmter Gründe zur Verleihung von Werkarbeit anwerben lassen, diese an Ort und Stelle sich nicht betätigen, leben wir Oberschleter und gezwungen, folgende Entschliessung mit Vorschlägen zu unterbreiten:

1. Wir fordern, den versprochenen Lohn von 7 bis 8 Mark bei normaler Arbeitsleistung zu zahlen.
2. Ausrichtung in eine höhere Lohnklasse all der Arbeiter unter 21 Jahren bzw. 24 Jahren, trotz der hier obwaltenden tariflichen Vereinbarungen, da diese Leute sich nur auf den versprochenen Lohn verpflichten haben und genau die Arbeitsleistung bewältigen, wie der über 24jährige.
3. Vereinbarungen bezw. Freitags- und Urlaub.
4. In die hier im Ledigenheim herrschenden traurigen Verhältnisse für den und verbessernd einzugreifen, d. h. Wechseln der Bettwäsche alle drei Wochen, tägliches Feegen und wöchentliche Reinigung der Zimmer, sofortiges Einstellen eines Ofens bis zur Fertigstellung der Dampfheizung, die es ermöglicht, die furchtbaren nassen Zimmer trocken zu legen und gestalten, einem jeden etwaige kleine Nahrungsbedürfnisse selbst zu lochen; Einstellung eines großen Holzschrankes zwecks Aufbewahrung besserer Kleidungsstücke.
5. Besonders für die Küche verbessernd einzugreifen. Sämtliche Lebensmittel der Küche aus Privatband durch die Verwaltung, Renovierung der Küche. Für den Küchen dienst Einstellung von drei armen, lauberen Frauen, bevorzugt sollen Frauen werden, deren Ehemänner auf dieser Höhe verunglückt oder gar getötet wurden. In Zukunft nur festes, deutsches Essen, keine Suppenform, lachen zu lassen, da wir nur an festes Essen gewöhnt sind, andernfalls wir unmöglich die schwere, anstrengende Arbeitsleistung verrichten können, da jeder einzelne diese Speisen nur einmal zu sich nimmt. Zulassung von selbstgewählten Anlässen der Ledigenvereine, Vertrauensmänner und aller Betriebsräte, die täglich und ständig die Küche und Sauberkeit und Ordnung, Qualität und Quantität der zu verbrauchenden Nahrungsmittel kontrollieren können und haupt-

bestimmend in Festlegung des Preiszeiteils sind, natürlich unter letzterer Zugrundelegung des Preises von 80 Mark für eine Maßfleisch.

6. Der wöchentlichen Lohnabschlag uns sic. s. in voller Höhe zu zahlen, damit wir unseren Ehefrauen das nötige Lebensunterhalt zuführen können. Alle Abzüge, wie Krankenkasse, Kost und Logis sollen erst am Monatsende verrechnet und abgezogen werden.

Diese Entschliessung gelangte durch anberaumte Versammlung allen zur Kenntnis und dieser Entschliessung schlossen sich alle Ledigenbeimassen, ob Westfäliger, ob Wogländer oder Schlesier, an und alle stehen in geschlossener Front, das äußerste für ein menschenwürdiges Dasein zu tun.

Uns liegt es doch daran, als Menschen zu leben und handeln, um aber auch als Menschen behandelt zu werden. Aber auch der Verwaltung muß viel daran liegen, seinen Lohnanspruch zu haben, sondern muß stets bestrebt sein, sich einen festen, gesunden, arbeitsamen Stamm zu schaffen.

In der Erwartung, unseren berechtigten Forderungen nachzukommen, zeichnen ergebens:

Die gewählten Vertrauensleute:
Oskar Heinz, Hagenburg, Noackstraße 13
H. Piotrowski, Stupina Franz.

Wir bringen das Schreiben im Wortlaut. Aus dem Inhalt und der Form geht klar hervor, daß die Bergproleten mit betrüblichen Versprechungen nach Sachfen gelockt worden sind! Es geht aber weiter daraus hervor, daß diese Betrogenen und Ausgebeuteten zum Klassenbewußtsein erwachen. Die Angehörigen haben ihre Vertrauensleute gewählt und zur Direktionschicht dort sollen Verhandlungen stattfinden. Die Werksleitung hat aber ihre „Verhandlungsball“ schon charakteristisch und seitgeleitet durch die Tatsache, daß Gipo und Kriminalbeamte angefordert worden sind. Das wird uns mehr den Bergarbeitern beweisen, daß sie mit ihren Kameraden geschlossen den Kampf aufnehmen müssen zur Durchsetzung ihrer Forderungen und eines auskömmlichen Lohnes und der Gebietsfreundschaft, wie sie den hart schuldigen Bergarbeitern gebührt.

Darum rufen wir allen Bergproleten zu: Hinein in den Bergarbeiterverband! Hinein in die KPD! Lebt die kommunistische Preise! Heraus zum Klassenkampf!

der ihm erklären wollte, daß er die schlechteste Arbeit gar nicht gemacht habe, nicht erst zu Worte kommen.

Auf dem in Frage kommenden Bau haben in letzter Zeit ein Gefelle und achtzehn Lehrlinge gearbeitet.

Was sagt die Gewerbeaufsichtsbörde zu einer derartigen Lehrlingszucht?

Zur besseren Illustration der oben geschriebenen Tatsachen sei besonders erneut darauf hingewiesen, daß dieser Unternehmer ein guter Christ und eine Leuchte der hiesigen Gemeindevertretung ist. Die sich gerade in der letzten Sitzung wieder einmal gebärdete, als ob das Wohl der Allgemeinheit ihre größte Sorge sei.

Rein Tag ohne Grubenunfall

Am Sonnabend, den 30. August, verunglückte der Maschinen-Aufsichtsrat von der Melchior-Grube, Elektrische Abteilung, dadurch, daß er in der Pumpenstube 5. Sohle im Schallraum von der Hochspannung schwer verbrannt wurde. Schuld daran soll die fehlerhafte Schaltvorrichtung sein. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Aus der Partei

Weltongregmarlen

In den Ortsgruppen lagern noch größere Bestände an Weltongregmarlen (mit dem Bilde Lenins). Die Ortsgruppen müssen diese bis zum 10. September restlos an die Bezirksleitung

Arthur Müller Breslau 10, Trebnitzer Straße 50) einsenden. Nach diesem Datum sind die nicht eingeländeten Marken zu bezahlen.

★ Parteiveranstaltungen ★

Breslau. Bezirk West. Sämtliche Kaffeezer haben heute abend in der Versammlung abzurufen.

Veranstaltungsanzeigen

rote Hilfe. Bezirk West. Montag, 7. 9. abds. 7.30 Uhr Mitgliederversammlung „Blauer Eck“ Frankfurterstr. Ecke Schweitzerstr. Alle Genossen u. Ag. muß erscheinen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Fraktionsführung. Dienstag, 8. 9. abds. 8 Uhr im „Roten Löwen“ Kupfer-Schmelzstr. Partizip. u. Mitgliedsliste mitbringen, sonst wird keine zugelassen. — Fraktionsführung. Dienstag, den 8. 9. abends 7.30 Uhr im „Roten Löwen“ Kupfer-Schmelzstr. — Gruppe Ost. Sämtliche Kameraden haben Montag, 7. 9. abds. 7.30 Uhr zu erst Gesangbücher mitbringen. Die Partizip. hat pünktl. 8.30 Uhr zu erscheinen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Insetate: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Vowag-Berlin. Druckereifabrik Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 254

Täglich 8 Uhr:
Riquette

Wochenpielplan
vom Sonnabend, d. 29. August bis Freitag, d. 11. September

Lobetheater
Donnerstag, d. 2. September bis Freitag, d. 11. September abends 8 Uhr
„Gefährlich“ Schauspiel von John Galsworthy

Thaliatheater
Sonntag, den 3. August bis Freitag, den 11. Sept. abends 8 Uhr
„Reisende“ Komödie von Hans Alfred Kuhn

Fritz Beyer, Landeshut Schl.
Bismarckstrasse 10
Kolonialwaren, Feinkost
Kaffee-Rösterei mit Motor-Betrieb
Spezialität: Feinste Tafelbutter

Hammel-Konsum
Telephon Ohle 9007
Taschenstrasse 3/5
Ecke Ohlauer Straße
Empfehle zur Gemüsezeit von heute ab bis Mitte nächster Woche

Mast-Hammelfleisch
Brust, Kamm u. Dünning . . . 1.00
Rücken, Keulen . . . 1.10
Blätter . . . 1.10

Magerkeit wirkt unschön

Schöne volle Körperformen durch unser „Hegro-Kraftpulver“

in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 3
Hygiea-Apotheke, Tauentzienstrasse Nr. 91

Lieblich-Theater
Täglich 8 Uhr
Der Sensations-Erfolg des Eröffnungs-Programms

Arbeiter
sind die Inkundigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen

Berufskleidung am Wachtplatz
Telephon Ring 1724 Inhaber E. Abraham Frick. -Wilk.-Str. 12

Bekleidung für alle Berufe
Spezialität: Windjacken, Sommerjoppen, Sporthosens
Kittel für den Roten Frontkämpferbund 5.95 Mark

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Sie müssen
nur in unserer Zeitung inserieren wenn Sie auf Arbeiterkundschaft reflektieren!

Verlangen Sie Vertreterbesuch durch die Expedition
Breslau, Trebnitzer Str. 50